

Teil II

Wiederbelebung oder Neugründung?

**Die Entstehungsgeschichte der Bundeszentrale
für Heimatdienst**

II.1 Beginn der Debatte: Demokratisierung und Reorientation der deutschen Bevölkerung

II.1.1 1949/50: Erste Ideen, Initiativen und Interventionen

Der erste Anstoß zur Gründung einer Bundeszentrale für Heimatdienst ging von einer Institution aus, die 1949 von Seiten der amerikanischen Besatzungsmacht errichtet worden war, um den Prozess der Demokratisierung in der deutschen Bevölkerung voranzutreiben. Es handelt sich um das *Office of Public Affairs* bzw. das *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* – so die Übersetzung der Briten.

Am 3. Oktober 1949 wandte sich Dr. Peter van Aubel (1894–1964) – 1946 bis 1951 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages – an das Bundeskanzleramt, um dieses darüber zu informieren, dass das in Frankfurt am Main ansässige *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* (IzFöA) plane, die *Bundeszentrale für Heimatdienst* wieder zu errichten. Der Direktor des Instituts, Hermann Heimerich (1885–1963), habe die Wiederbelebung der *Reichszentrale für Heimatdienst* zur Sprache gebracht. Unklar bleibt jedoch, ob dieser Vorschlag von den US-amerikanischen Alliierten lanciert wurde oder auf Heimerichs eigene Überlegungen zurückgeht.

Entsprechend der Vorstellungen des nebenamtlichen Direktors Heimerich könne eine solche Zentrale dem Institut angegliedert werden, aber auch – gefördert durch das Institut und unterstützt durch Bundesbehörden – selbstständig existieren. Zur weiteren Beratung wurde ein Ausschuss gegründet, in dem folgende Personen mitarbeiteten: Staatsminister a. D. Paul Binder, Herr Munzke, Dr. Hermann Heimerich und Dr. Peter van Aubel.¹

II.1.1.1 Das »Institute of Public Affairs«

Peter van Aubel ließ Herbert Blankenhorn² in seinem Schreiben wissen, dass das Präsidium des Deutschen Städtetages dem Institut neuerdings eher skeptisch gegenüber-

1 BA Koblenz, B 136/5893, Anlage zum Schreiben des Deutschen Städtetages (Dr. van Aubel) an das Bundeskanzleramt z. H. des Legationsrates Blankenhorn, 3. 10. 1949

2 Herbert Blankenhorn (1904–1991) war ab 1949 – nach Antritt der Regierung Adenauer – zunächst Persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1951 wurde er Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts.

steht und stärkere Zurückhaltung erwägt«. ³ Zur besseren Information über das *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* legte Peter van Aubel eine Anlage bei, die folgende Informationen enthält:

Das in Frankfurt am Main ansässige *Institute of Public Affairs* wurde offiziell im Jahre 1949 auf Anregung der US-amerikanischen Militärregierung gegründet, hatte jedoch bereits 1948, also noch vor der offiziellen Gründung, Aktivitäten entfaltet. Es orientierte sich an einer in Chicago ansässigen Einrichtung, dem *Public Administration Clearing House* (P.A.C.H.), welche 1313 East 60th Street residierte. Fortan wurde die Hausnummer 1313 auch zum Synonym für diese Einrichtung. Es handelte sich um eine Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung, die eine breite Palette unterschiedlicher Abteilungen unter einem Dach versammelte. Deren Zielstellung bestand darin, alle öffentlichen Beamten und Angestellten einer einheitlichen Kontrolle zu unterstellen. Errichtet wurde das *Public Administration Clearing House* unter der Leitung des an der *University of Chicago* lehrenden Politikwissenschaftlers Charles Edward Merriam (1874–1953). An der Gründung beteiligt war ferner Louis Brownlow (1879–1963), ebenfalls ein an der *University of Chicago* lehrender Politologe, der von 1931 bis 1945 das P.A.C.H. als Direktor leitete. ⁴

Doch zurück zum deutschen Pendant, dem *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten*: Zu den Gründungsmitgliedern des Instituts zählten folgende Vereine und Verbände: der Deutsche Städtetag, der Landkreistag, der Städtebund, der Gemeindeverband, der Verein für öffentliche und private Fürsorge, der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, die Deutsche Statistische Gesellschaft, die neu gegründete Organisation Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitswesen sowie als außerordentliche Mitglieder eine personalwissenschaftliche sowie eine polizeiwissenschaftliche Vereinigung und der Verband deutscher Städtestatistiker. ⁵

Im ersten Geschäftsjahr (1. Juli 1948 bis 30. Juni 1949) hatte das Institut von den amerikanischen Alliierten 400 000 DM erhalten, für das zweite Geschäftsjahr lag dem Informant Peter van Aubel noch kein Haushaltsplan vor. Dem Institut sei aber von Seiten

3 BA Koblenz, B 136/5893, Schreiben des Deutschen Städtetages (Dr. van Aubel) an das Bundeskanzleramt z. H. des Legationsrates Blankenhorn, 3. 10. 1949

4 Das P.A.C.H. umfasste folgende Abteilungen: Council of State Governments, Public Administration Service, Governor's Conference, Conference of Chief Justice, National Legislative Conference, National Association of Attorneys General, National Association of State Budget Officers, National Association of State Purchasing Officials, Interstate Clearing House on Mental Health, American Public Works Association, American Public Welfare Association, Public Personal Association, American Municipal Association, International City Managers' Association, Municipal Association of Housing and Redevelopment Officials, National Association of Assessing Officers, American Society of Planning Officials, Federation of Tax Administrators, American Society for Public Administration, National Institute of Municipal Clerks, Committee for International Municipal Cooperation – U.S.A., Building Officials Conference of America. Vgl. Bruce Thomas: 1313's Hidden History, in: Hyde Park Herald v. 23. 5. 2004; www.hydeparkhistory.org/herald/1313HiddenHistory.pdf (24. 8. 2011)

5 Vgl. Hermann-Josef Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, Opladen 1993, S. 202 ff.

der Besatzungsmächte eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,2 Millionen DM in Aussicht gestellt worden. Die Subventionen sollten aus den Überschüssen resultieren, die die Zeitungen »Neue Zeitung« (München), »Heute« und »Der Monat« erwirtschafteten; darüber hinaus sollte das Institut aus einem Sonderfonds finanziert werden. Vorsitzender des Instituts sei Staatsminister a. D. Paul Binder, über den Peter van Aubel die Auskunft erteilt, dass er »früher hessischer Säuberungsminister« gewesen sei.

Als nebenamtlicher Direktor stand Dr. Hermann Heimerich⁶, Oberbürgermeister von Mannheim, dem Institut vor, als Sekretär fungierte Landrat a. D. Dr. Hans Reschke (1904–1995). Der Vorstand des Instituts setzte sich zusammen aus Dr. Hermann Heimerich, Oberbürgermeister von Mannheim, dem Kölner Staatsrechtler Prof. Hans Peters und Ernst Walz, Senatspräsident am württemberg-badischen Obergerverwaltungsgerichtshof (Heidelberg). Als Verbindungsmänner der amerikanischen Militärregierung waren Dr. Kurt Glaser sowie Prof. Dr. Robert Max Wasilii Kempner (1899–1994) tätig, der in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Stellvertreter des amerikanischen Chefanklägers Robert H. Jackson fungierte. Die Zielsetzung des Instituts bestehe darin, in Übereinstimmung mit der »democratization branch« in der »civil administration division« die Förderung der Demokratisierung und »Reorientation« der deutschen Bevölkerung voranzutreiben.

Hinter der etwas gestelzten Bezeichnung *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* verbarg sich das *Institute of Public Affairs*. Zunächst soll hier – auf Grundlage US-amerikanischen Aktenmaterials – skizziert werden, mit welchen Zielstellungen das Institut gegründet wurde: Nachdem das Bundeskanzleramt auf die Aktivitäten des Instituts in Bezug auf die Gründung einer *Bundeszentrale für Heimatdienst* aufmerksam geworden war, wurde Heimerichs Einfluss beschnitten. Ab dem 9. November 1950 fungierte Theodor Steltzer (1885–1967)⁷, früherer Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, als Vorsitzender des Instituts.⁸ Die Entscheidung für einen Vollzeit-Direktor kam aufgrund des Drängens des *High Commissioner of Germany* (HICOG) zustande und

6 Der Jurist und Nationalökonom Hermann Heimerich (1885–1963) wurde 1925 Bürgermeister von Kiel, 1928 Oberbürgermeister von Mannheim und war Vorstandsmitglied des Deutschen Städtetages. Nachdem er 1933 von seinem Amt zurücktreten musste, arbeitete er bis 1945 als Wirtschaftstreuhänder in Berlin. Nach 1945 wurde er von der US-amerikanischen Besatzungsmacht zum Regierungschef des Landes Mittelrhein-Saar ernannt. Ab 1949 leitete er das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt am Main und gewann im selben Jahr in Mannheim die Wahlen zum Oberbürgermeister. Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie, hg. v. Walther Killy/Rudolf Vierhaus, München 1999

7 Theodor Hans Friedrich Steltzer (1880–1967) studierte Staats- und Wirtschaftswissenschaften in München. Im Zweiten Weltkrieg wurde Steltzer als Generalstabsoffizier nach Oslo kommandiert. In Norwegen fungierte er als Kontaktmann zum norwegischen Widerstand. Als Mitglied des Kreisauer Kreises wurde er 1945 zum Tod verurteilt, jedoch im April 1945 durch die Rote Armee befreit. Der Mitbegründer der CDU/CSU war zunächst 1945/46 Oberpräsident, 1946/47 dann Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie, hg. v. Walther Killy und Rudolf Vierhaus, München 1999

8 Vgl. Daniel Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972, München 1999, S. 34–41, hier S. 37

erwies sich, so die Einschätzung des berichterstattenden Gremiums, als sehr sinnvoll, denn damit sei es gelungen, eine größere Kohärenz innerhalb des Instituts herzustellen. Die personelle Entscheidung für Theodor Steltzer gehe vollständig auf eine deutsche Initiative zurück.

In einer Übersicht der Aktivitäten der US-amerikanischen Einrichtung *Political Affairs Division/Office of Public Affairs* sind die Aufgaben des *Institute of Public Affairs* folgendermaßen formuliert: »To establish an independent German research and discussion center to promote democratic government through (a) basic research in the governmental and related public affairs fields; (b) national conferences for experts and governmental, political and civic leaders on pertinent major problems; and (c) dissemination of information through books, pamphlets, conference reports, lectures and discussions for the information of experts, and, on a more popular basis, the public in general.«⁹

Ein Strategiepapier (»Draft Policy Paper For the Cultural Affairs Program In Germany«), welches das *Cultural Affairs Program* in Deutschland bilanziert und auswertet, schätzt das *Institute of Public Affairs* wie folgt ein: Durch seine Kontakte mit anderen Europäern und Amerikanern und durch seine exzellente Bibliothek, die viel Material über die Erfahrungen mit dem Ausland enthalte, leiste das Institut einen wichtigen Beitrag zur Integration deutscher Regierungsinstitutionen und -praktiken im westlichen Denken. Selten habe eine amerikanische Institutsgründung von Seiten der deutschen Regierung für seinen Wert und seine Objektivität Komplimente erhalten, wie dies beim *Institute of Public Affairs* der Fall sei.¹⁰

Im Berichtszeitraum erhielt das Institut eine finanzielle Unterstützung aus dem amerikanischen Fonds in Höhe von 28 360 US \$. Auch die deutsche Bundesregierung schien 1952 ihre Skepsis gegenüber dieser Einrichtung abgelegt zu haben und stellte einen Betrag in Höhe von 30 000 DM zur Verfügung, u. a. zur Durchführung der von ihr vorgeschlagenen Konferenzen. Der gewachsene Einfluß der bundesdeutschen Regierung sorgte allerdings auch für Konflikte, die schließlich zur Auflösung des Instituts führten.

Knapp zwei Monate nach der Abfassung dieses Strategiepapiers (»Draft Policy Paper For the Cultural Affairs Program In Germany«) beschloss die Mitgliederversammlung des Instituts auf ihrer Sitzung am 20. Juni 1952 auf Antrag ihres Vorsitzenden, Her-

9 NA Washington D.C./University of Maryland, General Records of the Department of State. International Information Administration. Field Program for Germany (IFI/G). Subject Files 1945–1953, RG 59, entry 5322, Box 5, folder: Political Science, POLAFF/PUB Citizenship Participation Program (1950–April 1951), John B. Mason/cz, March 27, 1952

10 NA Washington D.C./University of Maryland, General Records of the Department of State. International Information Administration. European Field Programs (IFI/E). Subject Files, 1949–1952, RG 59, entry 5323, box 15, folder: 562.41 International Relations & Cultural Affairs Program In Germany, Division of Cultural Affairs, doc: Draft Policy Paper For the Cultural Affairs Program In Germany, Confidential – Security Information, HICOG, Office of Public Affairs, Division of Cultural Affairs, April 24, 1952, S. 61

mann Heimerich, und gegen den Rat des Institutsleiters, Theodor Steltzer, die Liquidation des Instituts. Hintergrund des Antrags von Heimerich und der Stimmenmehrheit für die Auflösung waren die Tagungen über Verteidigungsfragen und die Vorhaben zum Schumanplan, deren politische Ausrichtung weitgehend denen der Regierung entsprach. Noch am selben Tag einigten sich Steltzer, der Institutssekretär Dietrich Mende (1899–1990) und der Herausgeber des Europa-Archivs, Wilhelm Cornides (1920–1966), auf die Gründung einer Nachfolgeeinrichtung unter dem Namen *Institut für Europäische Politik und Wirtschaft*.¹¹

Mit Otto Lenz (1903–1957)¹², Staatssekretär im Bundeskanzleramt, hatte Steltzer einen vehementen Unterstützer der Idee der Neugründung gewinnen können. Lenz notierte in seinem Tagebuch, dass er das Kabinett auf seiner Sitzung am 25. Juni 1952 davon überzeugen konnte, dem Institut die erforderlichen Mittel für eine Übergangslösung

11 Vgl. Daniel Eisermann: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972, München 1999, S. 39, Anm. 213. In die Dokumentationsstelle des *Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft* (IfEPW) fanden die Bibliotheken des *Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* (9 600 Bände) und des Europa-Archivs (ca. 3 500 Bände, 850 000 Zeitungsschnitte, 300 Periodika) Eingang. Das *Institut für Europäische Politik und Wirtschaft* (IfEPW) wurde schließlich in die 1955 gegründete *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.* (DGAP) inkorporiert, so dass dieser Neugründung von Beginn an eine funktionsfähige Institutsverwaltung zur Verfügung stand. Die Dokumentationsstelle des *Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft* (IfEPW) wurde in die DGAP eingegliedert. Vgl. ebd., S. 81. Im Bestand der Bibliothek und Dokumentationsstelle der DGAP befindet sich somit auch das Archiv der hier erwähnten Vorgängerinstitute. Frau Zanzig, Bibliothekarin der DGAP, teilte mir am 9. 4. 2003 schriftlich mit, dass »alle Akten, die in der DGAP vorhanden sind, seit dem Umzug der Institution nach Berlin im Januar 1999 in Kisten verpackt (...) auf dem Speicher« lagern.

12 Dr. Otto Lenz (1903–1957), 1921–1924 Jurastudium in Freiburg und Marburg, 1925 Promotion, 1928–1933 Mitglied der Zentrumsparterie, 1928 Assessor in der Zivilrechtsabteilung des preußischen Justizministeriums, von 1929 bis 1933 Pressereferent und ab 1932 persönlicher Referent des Justizministers, 1933–1938 Versetzung in die Handelsrechtsabteilung, 1938 als Landgerichtsdirektor von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst entlassen, Rechtsanwalt am Kammergericht in Berlin, 4. 10. 1944 Verhaftung durch die Gestapo und Verurteilung durch den Volksgeschichtshof zu vier Jahren Zuchthaus, 1945 Rechtsanwalt und Notar sowie Mitgründer der CDU in Berlin, vom 29. 3. 1951 bis 8. 10. 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953–1957 MdB. Angaben nach: Winfried Becker/Günter Buchstab/Anselm Doering-Manteuffel/Rudolf Morsey (Hg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung), Paderborn u. a. 2002, S. 311 f.; vgl. auch: Bundesarchiv (Hg.): *Die Bundesministerien 1949–1999. Bezeichnungen, amtliche Abkürzungen, Zuständigkeiten, Aufbauorganisation, Leitungspersonen* (Materialien aus dem Bundesarchiv, Heft 8, bearbeitet von Heinz Hoffmann), Koblenz 2003, S. 544.

Nachdem Lenz' Pläne der Errichtung eines Informations- bzw. Propagandaministeriums aufgrund von Indiskretionen im September 1953 an die Öffentlichkeit gelangten und im In- und Ausland für Aufsehen sorgten, trat Lenz als Staatsminister zurück. Jedoch neun Monate nach dem ersten gescheiterten ersten Versuch der Errichtung eines solchen »Über-Ministeriums« wurde im Juni 1954 ein »Koordinierungsausschuß für Verlautbarungen der Bundesregierung« – der sog. Lenz-Ausschuß – ins Leben gerufen, der dem ehemaligen gescheiterten Staatssekretär unterstand. Vgl. Das Über-Ministerium, in: *Der Spiegel* v. 26. 8. 1953, S. 3 ff.; *Guten Tag*, Herr Gegner, in: *Der Spiegel* v. 23. 6. 1954, S. 6–10; Johannes J. Hoffmann: Adenauer: »Vorsicht und keine Indiskretionen!« Zur Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1949–1955, Aachen 1995, S. 59 ff.

bzw. Übergangszeit zur Verfügung zu stellen. Das Kabinett gewährte dem Institut eine Starthilfe in Höhe von 60 000 DM und stellte ihm ferner einen Zuschuss zu laufenden Institutskosten in Aussicht.¹³

Das neu gegründete *Institut für Europäische Politik und Wirtschaft* wurde zu etwa 20 Prozent aus Mitteln des HICOG finanziert, so dass der Halbjahresbericht über das *Public Affairs Program* in der Bundesrepublik Deutschland, der regelmäßig über den Fortgang des Demokratisierungsprozesses berichtete, darauf verweisen konnte, dass das von der *High Commission of Germany* initiierte *Institute of Public Affairs* – zunächst noch von amerikanischer Finanzierung abhängig – nun in Gestalt des *Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft* eine institutionelle und auch weitgehend finanzielle Autonomie erreichen konnte.¹⁴ Inhaltlich setzte das neu gegründete Institut die Arbeit fort, die sein Vorgängerinstitut begonnen hatte.

Das *Institut für Europäische Politik und Wirtschaft* veröffentlichte eine umfangreiche Bibliographie zum Schumanplan, sammelte Material über europäische Länderstudien, vervollständigte vorbereitende Arbeiten für ein Handbuch über europäische Länderstudien, analysierte soziologische und psychologische Probleme der europäischen Integration, führte eine Konferenz zur politischen Bildung durch, bereitete eine weitere Tagung über soziale und psychologische Aspekte der Erwachsenenbildung vor, veröffentlichte einen Vortrag von Dr. Karl Albrecht (stellvertretender Vorsitzender des Marshall-Plan Ministeriums), begutachtete einen vorliegenden Entwurf für eine Europäische Verfassung, veranstaltete eine Konferenz zu Fragen der zivilen Verteidigung, verfasste Studien zur ökonomischen Dimension der europäischen Integration und analysierte die Erfahrungen von Teilnehmer(inne)n europäischer Studienreisen, um künftige europäische Studienreisen zu verbessern.¹⁵

Zusammenfassend bleibt also festzuhalten, dass das *Institute of Public Affairs* bzw. das *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* auf eine amerikanisch-britische Initiative zurückgeht. Die Gründung des *Institute of Public Affairs* fiel zeitlich mit dem Übergang von der Militärregierung zum Besatzungsstatut zusammen und mit der in diesem Kontext stärkeren Orientierung auf die Übertragung der Verantwortung für die Demokratisierung und den Aufbau von neuen Strukturen auf deutsche Institutionen.

13 Vgl. Theodor Steltzer: *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966, S. 227; Otto Lenz: *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953* (Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hg. v. Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz), Düsseldorf 1989, S. 374 f.; Daniel Eisermann: *Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972*, S. 39 f.

14 NA Washington D.C./University of Maryland, General Records of the Department of State. International Information Administration. Field Program for Germany (IFI/G). Subject Files 1945–1953, RG 59, entry 5322, box 5, folder: Miscellaneous, Semi-Annual Evaluation Report On The Public Affairs Program In Germany (Covering The Period December 1, 1952–May 1953), 31. 5. 1953, Confidential – Security Information, S. 43

15 Vgl. zum Institut für europäische Politik und Wirtschaft: Daniel Eisermann: *Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972*, München 1999, S. 41–49

Die Institutsgründung war ferner Ausdruck des Versuches, die Prozesse der Selbstorganisation der deutschen Bevölkerung voranzutreiben, die Demokratiebestrebungen zu stärken und eine Einrichtung zu schaffen, die sukzessive finanziell und institutionell von den Deutschen getragen und damit von den Besatzungsmächten unabhängig werden sollte.

II.1.2 Das Bundeskanzleramt ergreift die Initiative

Offensichtlich löste das Schreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages (vom 3. Oktober 1949) innerhalb des Bundeskanzleramts eine hektische Betriebsamkeit aus, denn wenige Tage, nachdem die Information über die Ambitionen des *Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* im Bundeskanzleramt eingetroffen waren, wandte sich der Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, Hans Globke (1898–1973)¹⁶, in einem Telegramm an Dr. Paul Franken (1903–1984), den späteren langjährigen Vorsitzenden der *Bundeszentrale für Heimatdienst* (bzw. ab 1963: *Bundeszentrale für politische Bildung*): »Erbitte baldigen Besuch im Bundeskanzleramt«, lautete Globkes knappe und präzise Bitte.¹⁷ Postwendend erhielt Globke die Antwort von Paul Franken, zu diesem Zeitpunkt Direktor der Pädagogischen Hochschule in Vechta: »Spreche Freitag vor. Franken.«¹⁸

Einen Monat später, am 22. November 1949, formulierte Globke in einem Begleitschreiben an Paul Franken, den designierten Präsidenten einer solchen Dienststelle: Die »Unterlagen über die Zentrale für Heimatdienst übersende ich mit der Bitte, mich gelegentlich zu einer Besprechung hierüber aufzusuchen. Ich darf bitten, die Unterlagen vorläufig vertraulich zu behandeln. Mit vorzüglicher Hochachtung. Ihr ergebener Dr. Globke.«¹⁹

Hans Globke ergriff nicht nur hinsichtlich der entscheidenden Personalfrage bereits frühzeitig und energisch die Initiative, sondern empfahl dem Deutschen Städtetag zu Beginn des Jahres 1950, sich gegenüber den Vorschlägen des *Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* zu distanzieren: »Es ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung später wieder eine eigene Bundeszentrale für Heimatdienst ins Leben rufen

16 Dr. Hans Josef Maria Globke (1898–1973, Jurist) war u. a. beteiligt an der Vorbereitung der Ersten Ausführungsverordnungen der Nürnberger Gesetze (15. September 1935) und dem Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (18. Oktober 1935). In der Regierung Adenauer wurde er im Oktober 1949 als Ministerialdirigent in das Bundeskanzleramt berufen. Von 1953 bis 1963 fungierte er als Staatssekretär im Bundeskanzleramt und damit als engster Mitarbeiter und »rechte Hand« Adenauers. Vgl. Thomas Ramge: Braune Eminenz: Hans Globke und die Nürnberger Rassegesetze (1950–1963), in: ders., Die großen Polit-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 46–63

17 BA Koblenz, B 136/5893, Telegramm von Hans Globke an Paul Franken, 19. 10. 1949

18 BA Koblenz, B 136/5893, Telegramm von Paul Franken an Hans Globke, 19. 10. 1949

19 BA Koblenz, B 136/5893, Schreiben von Hans Globke an Paul Franken, 22. 11. 1949; Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachlass Paul Franken, I 013 002/3, Globke an Franken, 22. 11. 1949

wird. Ob sie dabei auf die vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Aussicht genommene Zentrale zurückgreifen wird, ist offen. Eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dieser Einrichtung dürfte daher nicht schaden. Mit besten Empfehlungen. Ihr ergebener Globke.«²⁰

II.1.2.1 Der designierte Vorsitzende der Bundeszentrale für Heimatdienst: Prof. Dr. Paul Franken

Paul Franken (1903 geb. in Mönchengladbach, 1984 gest. in Bonn) studierte ab 1923 zunächst Theologie und Philosophie, dann Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Franken promovierte an der Bonner Universität über einen Vertreter der deutschen Romantik und legte 1930 seine Dissertation vor.²¹

Im Aktenbestand des *Ministeriums für Staatssicherheit* der DDR (MfS, Hauptabteilung XX, Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) finden sich Informationen über den Aufbau und die Struktur der *Bundeszentrale für Heimatdienst* sowie über ihren designierten Leiter, Paul Franken. Hier wird behauptet, dass der spätere Leiter der *Bundeszentrale* bereits »nach dem 1. Weltkrieg (...) als Mitglied der ›Zentrale für Frontdienst‹ Organisator einer chauvinistischen Hetze gegen Polen« war.²² Im Zuge der Recherchen zur vorliegenden Studie ließen sich jedoch keine korrespondierenden Akten in anderen Archiven oder im Nachlass von Franken finden; auch in Wippermanns Studie zur *Reichszentrale für Heimatdienst* finden sich keinerlei Hinweise auf derartige Aktivitäten Frankens. Franken habe es, so das *Ministerium für Staatssicherheit*, als seine Aufgabe begriffen, »mit eindrucksvollen Werbemitteln ›in alle Küchen und Stuben‹ der westdeutschen Bevölkerung zu dringen, um Reklame für die Politik der Regierung zu machen.«²³

Vom 15. Januar 1930 bis zum 1. Mai 1932 war Franken zunächst stellvertretender Verbandsgeschäftsführer des Katholischen Studentenvereins Deutschlands (K.V.), von da an Hauptgeschäftsführer bis zur Auflösung des K.V. am 31. März 1936. Wie Franken im Zuge der Entnazifizierung in seinem Lebenslauf angibt (Bestandteil des Fragebogens des *Military Government of Germany*), trat er im Sommer 1933 (rückdatiert auf den 1. Mai 1933) der NSDAP bei und führte die Mitgliedsnummer 2 119 055.

20 BA Koblenz, B 136/5893, Vertrauliches Schreiben von Hans Globke an den Deutschen Städtetag (z. Hd. v. Dr. van Aubel), 4. 1. 1950

21 Paul Franken: Franz Bernard von Bucholtz bis zu seiner Übersiedlung nach Wien (1790–1818). Jugend und politische Wanderjahre, Düsseldorf 1932. Die von Franken verfasste Biographie basiert auf Bucholtz' Korrespondenz und Tagebucheintragungen und gliedert sich in fünf Kapitel, die zugleich die zentralen Etappen seines Lebens charakterisieren.

22 BStU, MfS-ZKG, 8747, Abschrift – Hauptabteilung XX/5, Einschätzung der Bundeszentrale für politische Bildung, 10. 5. 1966, S. 3. Die Formulierung »In Stube und Küche« entlehnte das MfS dem folgenden Artikel: Propaganda. In Stube und Küche, in: Der Spiegel v. 7. 5. 1952.

23 Ebd.



Dr. Paul Franken

© Konrad-Adenauer-Stiftung

Seinen Parteibeitritt begründete er rückblickend damit, dass der K. V. im April/Mai 1933 gleichgeschaltet wurde, sein Vertrag als Geschäftsführer jedoch noch bis zum Jahre 1937 lief und er sich nach Rücksprache mit einigen K. V.-Mitgliedern (u. a. Reichskanzler Dr. Wilhelm Marx (1863–1946), Rechtsanwalt Joseph Wirmer (1901–1944) und Dr. Walther Hensel (1899–1986) dazu entschloss, sich gegen seine »innere Überzeugung (...) in die Liste der Partei einschreiben zu lassen.«²⁴ Er versprach sich davon, dass die »Schlüsselstellung« des K. V. in seiner Hand blieb; ferner glaubte er, sich durch den NSDAP-Beitritt gegenüber den neuen Machthabern besser schützen zu können.²⁵

Einen engen Kontakt unterhielt Franken (bis zu seiner Inhaftierung im November 1937) mit seinem Kartellbruder Konrad Adenauer (1876–1967), den er Ende der 1920er-Jahre auf dem Arminentag in Köln kennengelernt hatte.²⁶ Während Adenauers Aufenthalt im Kloster Maria Laach (1933/1934) besuchte er ihn regelmäßig und fuhr seine Frau und eines der Kinder mehrmals wöchentlich zu ihm.²⁷ Nachdem Adenauer auf Betreiben des Gauleiters Josef Grohé (1902–1988) im August 1935 aus dem Regierungsbezirk Köln ausgewiesen worden war, vermittelte Franken ihm einen neuen Aufenthaltsort: Das von Frankens Kartellbruder geleitete »Pax-Heim«, eine Erholungsstätte für katholische Priester, lag in Unkel (Kreis Neuwied, ehemaliger Regierungsbezirk Koblenz), nur 10 km von Rhöndorf, Adenauers früherem Wohnsitz, entfernt.

24 Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachlass Paul Franken, I 013 001/4, Lebenslauf (Bestandteil des Fragebogens des Dr. Paul Franken), o. D.; Bundesarchiv Berlin (ehem. BDC), Partei Kanzlei Korrespondenz, NSDAP Gauleitung Düsseldorf an Reichsschatzmeister, 8. 11. 1938

25 Ebd., S. 2

26 Vgl. zum KStV Arminia zu Bonn im KV: <http://home.arcor.de/kstv-arminia/index.htm>

27 Vgl. Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachlass Paul Franken, I 013 003/3, Exklusiv-Interview mit Bonner Widerstandskämpfer, in: Akzent 29/1969, S. 6

Staat und politische Bildung

Von der "Zentrale für Heimatdienst" zur

"Bundeszentrale für politische Bildung"

Hentges, G.

2013, XXVI, 467 S. 33 Abb., 15 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-531-18670-2